

Curaçao: Behörden halten immer noch Venezolaner*innen fest und verweigern ihnen Schutz

07. Februar 2023

In dem heute veröffentlichten neuen Bericht **„Curaçao: Kaum Verbesserungen beim Schutz von Venezolaner*innen“**, hat Amnesty International festgestellt, dass sich die Situation von Venezolaner*innen, die auf Curaçao Schutz suchen, seit der Veröffentlichung des Berichts „Still no Safety“ in 2021 nicht wesentlich verbessert hat. Trotz der kleinen Schritte, die die Behörden von Curaçao unternommen haben, verweigern sie Venezolaner*innen weiterhin den Schutz und halten sie systematisch und unter unmenschlichen Bedingungen fest, darunter auch Kinder.

Über ein Jahr lang verfolgte Amnesty International die Fälle von vier Männern und einer Frau, deren Geschichten in den Bericht von 2021 aufgenommen worden waren, und befragte sie zwischen Dezember 2021 und Oktober 2022 erneut. Ihre Situation hat sich im letzten Jahr nicht verbessert und in einigen Fällen sogar verschlechtert, wie bei Yusmary, die 2022 fünf Monate lang in Einwanderungshaft saß, oder bei José, der nach fast einem Jahr Haft in den Jahren 2020 und 2021 immer noch nichts über seinen Asylantrag gehört hatte. "Ich fühle mich immer noch inhaftiert, obwohl ich nicht mehr im Gefängnis bin. Ich will nicht in Curaçao bleiben. Ich möchte in ein anderes Land gehen und dort Asyl beantragen", sagte José.

Die größten Sorgen bleiben

Mehr als 7 Millionen Venezolaner*innen sind vor der Menschenrechtskrise in ihrem Land geflohen, was es zu einer der größten Vertreibungskrisen der Welt macht. Curaçao, eine nahe gelegene Karibikinsel, die zum Königreich der Niederlande gehört, ist eines der Zielländer. Schätzungsweise 17.000 Venezolaner*innen leben mit irregulärem Migrationsstatus auf der Insel.

"Wir sehen die Schritte, die die Behörden von Curaçao unternommen haben, um die Menschenrechtssituation von Venezolanern, die auf Curaçao Schutz suchen, zu verbessern. Aber das ist nicht genug. Sie sollten ihre Bemühungen verstärken und das Königreich der Niederlande sollte sie dabei unterstützen."

Dagmar Oudshoorn, Direktorin, Amnesty International Niederlande

Amnesty International erkennt an, dass die Behörden von Curaçao kleine Schritte unternommen haben, um die Menschenrechtssituation von schutzsuchenden Venezolaner*innen zu verbessern. Sie haben 2019 ein Schutzverfahren eingerichtet und die Befragungen zur Beurteilung des

internationalen Schutzbedarfs verbessert. Allerdings ist es nach wie vor schwierig, das Schutzverfahren in Anspruch zu nehmen, da die Behörden von Curaçao keinen Zugang zu Informationen und Rechtsbeistand garantieren, insbesondere nicht für Personen in Einwanderungshaft. Darüber hinaus hat seit der Einführung des Schutzverfahrens keine einzige Person Schutz erhalten, da die Behörden die Venezolaner*innen weder als schutzbedürftig noch als gefährdet ansehen, wenn sie in ihr Land zurückgeführt werden. Das Schutzverfahren wird in der Praxis als Instrument zur Ablehnung von Schutzanträgen genutzt, was seinen Zweck verfehlt.

Es gibt immer noch keine offenen Aufnahmezentren für Schutzsuchende. Zwar gibt es neue "Ausländerbaracken" (das Haftzentrum im Sentro di Detenshon i Korekshon Korsou), doch werden Schutzsuchende, darunter auch Kinder, nach wie vor automatisch und ohne richterliche Überprüfung inhaftiert, was einen Verstoß gegen internationale Menschenrechtsnormen darstellt. Die automatische Inhaftierung und die unmenschlichen Bedingungen in der Ausländerbaracke, wie z. B. das Einsperren in eine Zelle für den größten Teil des Tages und das Fehlen von Freizeitaktivitäten, schrecken nach wie vor Menschen ab, die ein Schutzverfahren einleiten oder durchlaufen wollen.

Die Forderungen von Amnesty International

"Wir sehen die Schritte, die die Behörden von Curaçao unternommen haben, um die Menschenrechtssituation von Venezolaner*innen, die in Curaçao Schutz suchen, zu verbessern. Aber das ist nicht genug. Sie sollten ihre Bemühungen verstärken und das Königreich der Niederlande sollte sie dabei unterstützen", sagte Dagmar Oudshoorn, Direktorin von Amnesty International Niederlande. Amnesty International fordert die Behörden von Curaçao auf, die Rechte der schutzsuchenden Venezolaner*innen zu garantieren. Die Behörden sollten ein faires und wirksames Asylverfahren einrichten und sicherstellen, dass es internationalen Standards entspricht. Sie sollten dringend die automatische Inhaftierung von Schutzsuchenden beenden und die Inhaftierung von Kindern sofort einstellen, da dies nie in ihrem besten Interesse ist. Die niederländische Regierung sollte die Menschenrechtsrisiken untersuchen, die sich aus der Unterstützung der Behörden von Curaçao ergeben, und verbindliche Menschenrechtskriterien festlegen.